

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestags

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

eine politisch erfolgreiche Woche liegt hinter uns. Der Bundeshaushalt 2008 ist verabschiedet und in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik konnten wichtige Einigungen mit dem Koalitionspartner erzielt werden. Der Mindestlohn für Briefdienstleister kommt, die sogenannte 58er Regelung fällt nicht ersatzlos weg und mit der heutigen Zustimmung des Bundesrates bleibt die Entgeltumwandlung abgabefrei.

Die **Briefzusteller werden nun zum 1.1.2008 ins Entsendegesetz aufgenommen** und damit wird ein Mindestlohn für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 8 € bis 9,80 € garantiert. Es war schon „fünf vor zwölf“ mit dieser Einigung, denn in einem Monat fällt das deutsche Postmonopol. Dann können ausländische Anbieter auf dem deutschen Markt tätig werden, wobei der deutschen Post weiterhin die anderen europäischen Briefzustellmärkte bis mindestens 2009 verschlossen bleiben. Ich bin sehr froh, dass im Bereich der Briefzustellung nun Dumpinglöhnen ein Riegel vorgeschoben wird. Nicht zuletzt der Hartnäckigkeit der SPD-Bundestagsfraktion ist es zu verdanken, dass die Union den Weg endlich frei gemacht hat für die Aufnahme der Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz.

Die sogenannte **58er-Regelung fällt nicht ersatzlos weg**. SPD und Union haben sich auf eine Nachfolge-



**Berlin-Brief, Ausgabe 27
30. November 2007**

Berliner Sitzungswoche

Was geschah sonst noch im Plenum?

Infos im Newsletter der SPD-Fraktion:
<http://juratovic.de/static/spdfrak/07KW48.pdf>

Aktuelle Pressemitteilungen

Betriebsrätekonferenz: Gute Arbeit und Leiharbeit im Mittelpunkt (21.11.2007)
http://juratovic.de/presse_det/226

Juratovic: „Rechtsposition von Kindern stärken“ (25.11.2007)
http://juratovic.de/presse_det/227

Juratovic: „Bücher sind Schokolade für den Geist“ (26.11.2007)
http://juratovic.de/presse_det/229

Interview: „Die Verärgerung der Leute kann ich nachvollziehen“ (28.11.2007)
http://juratovic.de/presse_det/230

Juratovic: Postmindestlöhne sind Schritt in richtige Richtung (30.11.2007)
http://juratovic.de/presse_det/231

Meine Termine im Wahlkreis

Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Brackenheim
06.12.2007, 20h, Brackenheim-Meinsheim, Gaststätte Traube

Weihnachtsfeier mit Helferfest des SPD-Ortsvereins Böckingen
07.12.2007, Besen Störzbach, Heuchelbergstraße in Böckingen

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

regelung verständigt. Arbeitsuchende, denen nicht innerhalb von 12 Monaten ein Arbeitsangebot gemacht werden kann, gelten zwar weiterhin bis zum Renteneintritt nicht mehr als arbeitsuchend. Ihnen stehen aber auf eigenen Wunsch sämtliche Integrationsangebote der Arbeitsagenturen, der ARGEN und der Optionskommunen zur Verfügung. Der Fallmanager prüft alle 6 Monate, ob nicht doch ein Förder- oder ein Arbeitsangebot gemacht werden kann. Damit ist klar: Keiner wird abgeschrieben. Wir wollen, dass die Menschen eine Perspektive bekommen. Für Arbeitsuchende, die schon heute die 58er-Regelung nutzen, ändert sich nichts.

Eine vorzeitige Rente mit Abschlägen statt Arbeitslosengeld II kommt für uns vor dem 63. Lebensjahr nicht infrage. Hierauf haben wir uns mit der Union verständigt. Hierbei gilt wie sonst auch: Eine Rente ab 63 ist nur möglich, wenn die rentenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Frauen und Menschen mit einer Schwerbehinderung können bisher noch unter bestimmten Voraussetzungen vor dem 63. Lebensjahr in Rente gehen und damit früher als andere Versicherte. Dieser besondere Schutz soll sich nicht in einen Nachteil verkehren. Gerade diese Menschen profitieren von der gefundenen Regelung.

Nach dem Bundestag (8. November) hat am heutigen Freitag auch der Bundesrat dem Gesetz zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge und zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zugestimmt. Die **Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung** wird somit in gleicher Form und Höhe wie bisher über 2008 hinaus unbefristet fortgesetzt. Zusammen mit der entsprechenden Steuerfreiheit ergibt dies eine solide und dauerhafte Grundlage für die Förderung der betrieblichen Altersvorsorge. Sie bleibt damit auch in Zukunft eine sehr attraktive Möglichkeit, eine Zusatzrente aufzubauen.

In dem Gesetzespaket sind zwei weitere wichtige Maßnahmen zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge enthalten: Um möglichst vielen Beschäftigten – besonders jungen Frauen – künftig ihre betriebliche Altersvorsorge zu erhalten, wird mit dem Gesetz das Lebensalter für die Unverfallbarkeit von arbeitgeberfinanzierten Betriebsrentenanwartschaften auf das 25. Lebensjahr abgesenkt. Die jetzige Altersgrenze von 30



Jahren ist besonders für junge Frauen von Nachteil, die wegen der Kindererziehung vor diesem Alter aus dem Unternehmen ausscheiden und dann ihre Betriebsrentenanwartschaft verlieren.

Zum anderen wird – wie bereits im Koalitionsvertrag vereinbart – die **Riester-Zulage für ab 2008 geborene Kinder** von 185 auf 300 Euro erhöht. Die Riester-Rente wird damit für Familien noch lohnender: Künftig übernimmt der Staat bei einer Einverdiener-Familie mit 30.000 Euro Durchschnittsverdienst von den 1.200 Euro Sparbeitrag für die Zusatzrente bei der Geburt eines Kindes 608 Euro. Die Förderquote für die Familie steigt damit auf über 50 Prozent. Kommt später ein zweites Kind hinzu, klettert der Anteil der staatlichen Unterstützung sogar auf über 75 Prozent (908 Euro). Und dabei sind eventuell bereits vorhandene Kinder, für die es jeweils 185 Euro Zulage jährlich gibt, noch nicht berücksichtigt.

Der Verlust von Franz Müntefering wiegt immer noch schwer, doch sein Nachfolger als Arbeitsminister, **Olaf Scholz**, füllt die entstandene Lücke schon gut aus. Dass er nun erklärt, er wolle in Deutschland die weltbeste Arbeitsvermittlung schaffen, zeigt uns zweierlei: Erstens bestätigen uns nicht zuletzt die positiven Arbeitsmarktzahlen, dass wir seit 1998 mit sozialdemokratischer Reformpolitik auf dem richtigen Weg sind. Zweitens werden wir Sozialdemokraten uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen, sondern weiter daran arbeiten, dass in Deutschland alle am Wohlstand teilhaben können!

Diese schönen Erfolge und die Debatten und Abstimmungen zum Bundeshaushalt 2008 musste ich diese Woche leider von zu Hause aus verfolgen, da mich ein Virusinfekt so beutelte, dass ich auf ausdrücklichen ärztlichen Rat das Bett hüten musste. Doch mittlerweile bin ich auf dem Weg der Besserung und ab kommender Woche wieder voll einsatzfähig.

Mit freundlichen Grüßen,